

Baubeschluss für Solarstromanlagen

Die drei Projekte stehen allerdings unter dem Vorbehalt des Haushaltes

Wartenberg. (bs) Der Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung den Bau dreier Photovoltaik-Anlagen beschlossen, die auf der Kläranlage, dem Feuerwehrhaus und dem Bauhof entstehen sollen.

Zur Erstellung von PV-Anlagen auf gemeindlichen Einrichtungen wurden detaillierte Vorplanungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgelegt und diskutiert. Auf den Dächern des Bauhofs, der Feuerwehr und der Kläranlage ist dies rentabel möglich. Auf den Dächern des Rathauses, des Hauses für Kinder und der Sozialwohnungen Kammerstadt sei dies im Zuge von Sanierung bzw. Umbau sinnvoll.

Schnell wurde klar, dass PV-Anlagen immer dann besonders sinnvoll sind, wenn der erzeugte Strom möglichst selbst verbraucht werde.

Der Eigenverbrauch beim Bauhof liegt bei 3,5 Prozent, hier ist ein Speicher zusätzlich sinnvoll. Der Eigenverbrauch bei der Feuerwehr liegt bei 21,7 Prozent, mit Speicher bei 39,2 Prozent. Der Eigenverbrauch bei der Kläranlage liegt bei 73,9 Prozent, ein Speicher ist hier überflüssig. Bei einer PV-Anlage bis 30 Kilowatt Spitzenleistung (kWp) liegen die Erzeugerkosten bei fünf bis acht Cent und die EEG-Vergütung bei circa 8,1 Cent. So komme man auf einen Gewinn bei der Eigenverbrauchsanlage von 17 Cent.

Bei einer PV-Anlage mit mehr als 30 kWp liegen die Erzeugerkosten bei circa fünf bis sieben Cent und es ist eine EEG-Abgabe von 2,7 Cent zu entrichten, sodass der Gewinn der Eigenverbrauchsanlage bei 10,6 Cent liegt. Es wurden Amortisati-

onszeiten von circa neun Jahren beim Bauhof für eine kleine PV-Anlage und von fünf Jahren bei der Feuerwehr mit hohem Eigenstromverbrauch berechnet. Bei der Kläranlage, die den wohl höchsten eigenen Stromverbrauch hat und kaum Einspeisungen ins Netz betreibt, wurde vorgeschlagen, zusätzlich ein großes Carport mit PV-Anlage zu errichten. Inklusiv der Baukosten für den Solarcarport ergibt sich hier eine Amortisation von neun Jahren, bei Einsatz von Hochleistungsmodulen zehn Jahren.

Zusätzliche Ladestation bei der Feuerwehr wird geprüft

Michael Gruber (SPD) und Dr. Markus Straßberger (CSU) empfehlen, bei der Feuerwehr eine zusätzli-

che E-Ladestation mit zu errichten. Die Frage, ob hier auch eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, wurde verneint. Dies sei wegen der dann fälligen EEG-Abgabe schwierig, zudem täten die Einnahmen der Gemeinde selbst gut.

In diesem Zusammenhang verwies der Bürgermeister darauf, dass man vor schwierigen finanziellen Zeiten stehe, man müsse im Haushalt sogar einen Millionenbetrag streichen.

Der Marktgemeinderat beschloss, vorbehaltlich des Haushaltes, den Bau der drei PV-Anlagen auf den Dächern der Kläranlage, der Feuerwehr und des Bauhofs. Die Mittel sind im Haushalt 2021 einzuplanen. Bei der Feuerwehr soll zudem der Bau einer zusätzlichen E-Ladestation geprüft werden.